

RB113
3060 TARIFE

Stand 12.04.2024

6. Tarife

Allgemeines

Die Leistungen werden im Mitteldeutscher Verkehrsverbund (MDV) erbracht.

Darüber hinaus gilt der Deutschlandtarif (DTV).

Bei der Tarifgestaltung werden kundenfreundliche Lösungen angestrebt die es den Kunden ermöglichen, die Züge auf den ausgeschriebenen Strecken unabhängig vom jeweiligen EVU frei wählen zu können.

Grundsätze der Tarifierstellung

- (1) **Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für das Vertragsgebiet jeweils geltenden Tarife, Sonderangebote und Beförderungsbedingungen sowie die Tarifbestimmungen der betreffenden Verkehrsverbünde und des DTV inkl. der dazugehörigen Tarifkooperationen (z. B. für die Anerkennung von Fernverkehrstarifen) anzuwenden.** Nähere Einzelheiten zu den Verbundtarifen sind in der Anlage zur Leistungsbeschreibung **RB113_3801_MDV_Handbuch** geregelt. Das Vertragswerk der DTV GmbH ist uneingeschränkt, im jeweils aktuellen Stand anzuwenden. Sofern es dem Bieter nicht aufgrund eines bestehenden Gesellschafterstatus vorliegt, kann es auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, rechtzeitig vor Betriebsaufnahme einen Antrag auf Aufnahme als Gesellschafter in die DTV GmbH (DTVG) zu stellen, sofern er noch kein Gesellschafter ist. Bei Aufnahme in die DTVG wird der Auftragnehmer Gesellschafter und hat die aus den DTV-Verträgen resultierenden Rechte und Pflichten im DTV wahrzunehmen. Der Auftragnehmer räumt den Auftraggebern, denen die Fahrgeldeinnahmen zustehen, für alle auf das vertragsgegenständliche Verkehrsnetz entfallenden „Verkehrsvertragsstimmen“ ein verbindliches Weisungsrecht bzgl. seines Antrags- und Abstimmungsverhaltens in allen Gremien der DTVG ein. Der Auftragnehmer wird die Auftraggeber rechtzeitig informieren und das Abstimmungsverhalten koordinieren.

In jedem Fall darf der Auftragnehmer unter Berücksichtigung der vertraglichen Regelungen der DTVG Positionen, Stimmrechte und Stellungnahmen zur Tarif-, Vertriebs- sowie Einnahmenentwicklung mit Vertragsbezug in den Gremien der DTVG nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeber abgeben bzw. annehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Auftraggeber vor der Ausübung von Stimmrechten und vor der Abgabe von Positionen oder Stellungnahmen nach Satz 2 zu unterrichten. Soweit eine Stimmübertragung auf die Aufgabenträger zulässig ist, können diese entsprechendes verlangen. Gleiches gilt für die Erteilung einer Stimmrechtsvollmacht. Die jeweiligen Auftraggeber sind berechtigt, die Interessen in den Gremien auch selbst wahrzunehmen. Betreibt der Auftragnehmer für den jeweiligen Aufgabenträger über diesen Vertrag hinaus weitere Linien bzw. Verkehre, übt es seine Stimmrechte nach diesem Vertrag jeweils separat aus.

- (3) Sofern es während der Vertragslaufzeit Bemühungen zur Einführung von weiteren Länder- oder Verbundtarifen im Bedienungsgebiet gibt, wird sich der Auftragnehmer an diesen konstruktiv fördernd beteiligen und bei Einführung uneingeschränkt anerkennen und vertreiben. Dies betrifft auch die Erweiterung bestehender Verbundtarife.
- (4) Der Auftragnehmer muss dem Fahrgast die Möglichkeit einräumen, bei Verbundgrenzen überschreitenden Fahrten die entsprechenden durchgehend gültigen Fahrausweise zu erwerben. Der Auftragnehmer hat die Auftraggeber in diesen Bemühungen zu unterstützen, auch z. B. indem in diesem Sinne von den Musterverträgen für Kooperationen mit Dritten abweichende Regelungen verhandelt werden.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die jeweils gültigen Tarifbestimmungen und besonderen Beförderungsbedingungen zur Anwendung kommen. Mögliche Änderungen der Vorgaben und Bestimmungen der Verkehrsverbünde und des DTV gegenüber dem heutigen Stand sind vom Auftragnehmer zu beachten und umzusetzen. Die Auftraggeber übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der Anlage zur Leistungsbeschreibung **RB113_3801_MDV_Handbuch** enthaltenen Angaben.
- (6) In den Zügen sowie in den personalbedienten Vertriebsstellen erworbene Fahrausweise werden aufpreisfrei verkauft. Einzige Ausnahme bilden dabei Fahrausweisangebote, deren Bestimmungen einen Aufpreis bei personalbedientem Vertrieb enthalten (z. B. Ländertickets). Dies gilt nicht im Zusammenhang mit Entgelten gegenüber Schwarzfahrern.

Fahrausweissortiment und Fahrradmitnahme

Alle in den Verbünden und im DTV anerkannten Tickets sind anzuwenden. Dies gilt auch für die Fahrkarten des Fernverkehrs gemäß den Regelungen der DTVG. Der Auftragnehmer hat darüber hinaus neben den auch in Kapitel 6.2 genannten Tarifen u. a. folgende Tarifbestandteile zu akzeptieren, zu übernehmen bzw. anzubieten und zu vertreiben, sofern diese zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme noch am Markt sind:

(1) Semestertickets

Vorzusehen ist die Beteiligung an allen Semestertickets im jeweiligen Bediengebiet, soweit diese nicht schon durch die beteiligten Verkehrsverbünde angeboten werden. Hierzu gehört insbesondere das SPNV-Semesterticket Sachsen, welches ergänzend zu bestehenden verbundweiten Semestertickets die Nutzung des SPNV über die Grenzen des Verkehrsverbundes am Hochschulstandort ermöglicht.

(2) AzubiTicket Sachsen, Azubi-Ticket Thüringen und AzubiTicket Sachsen-Anhalt

Das EVU ist verpflichtet, rechtzeitig vor Betriebsaufnahme durch Erklärung gegenüber allen Vertragspartnern den Vertrag über die Durchführung des Tarifangebots „AzubiTicket Sachsen“ beizutreten. Gleiches gilt für das Azubi-Ticket Thüringen. Das Azubi-Ticket Sachsen-Anhalt ist entsprechend seiner räumlichen Gültigkeit anzuerkennen. Dafür erforderliche Vereinbarungen sind abzuschließen.

(3) FerienTicket Sachsen, Schülerferienticket Sachsen-Anhalt und Schülerferienticket Thüringen sind im jeweiligen Geltungsbereich anzuerkennen, entsprechend der vereinbarten Bedingungen anzuwenden und ein Vertrag zu unterzeichnen.

(4) Fahrradmitnahme

Fahrräder und sonstige Zweiräder ohne Verbrennungsmotor sind im Rahmen der vorhandenen Platzkapazitäten in den Gebieten der Auftraggeber gemäß den dort geltenden Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen zu befördern, sofern ein Fahrgast sie mitführt. Weiterhin ist die kostenlose Fahrradmitnahme gemäß den gültigen Tarifbestimmungen zu gewährleisten.

(5) Freifahrer

Die Gewährung von Freifahrtberechtigungen an definierte Personengruppen bedarf der Zustimmung der Auftraggeber.

Für folgende Personengruppen gilt die Zustimmung als erteilt:

- 1) Anspruchsberechtigte gemäß SGB IX oder nachfolgender Regelungen
- 2) Polizisten in Uniform
- 3) Dienstlich veranlasste Fahrten von Mitarbeitern des Auftragnehmers sowie beauftragte Dritte, die im direkten Zusammenhang mit der Vertragserfüllung stehen.
- 4) Fahrten der Auftraggeber zu dienstlichen Zwecken
- 5) Fahrten von Erhebungspersonalen mit Dienstauftrag
- 6) Inhaber von MDV-Gästekarten
- 7) Prüfpersonal

Zusätzlich im Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes: Beitritt zum MDV

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unmittelbar nach Zuschlagserteilung die Aufnahme als Gesellschafter im MDV zu beantragen, sofern er nicht bereits Gesellschafter ist. Sollte die Aufnahme als Gesellschafter verweigert werden oder nachweislich nicht möglich sein, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, eine Kooperation zur Tarifierkennung und Einnahmenaufteilung mit dem MDV einzugehen.

Für die Angebotskalkulation ist davon auszugehen, dass der Auftragnehmer bei Zuschlagserteilung je Los ca. 1,5 % der Gesellschaftsanteile (Stammkapital und Rücklage) des MDV in Höhe von ca. 7.000 € (einmalig) übernehmen wird und etwa 60.000 € per annum für Betriebskostenzuschüsse des MDV zu tragen hat. Es ist eine mögliche Ausweitung des MDV auf den Landkreis Mansfeld-Südharz sowie eine Integration des ÖSPV der Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg und der Stadt Dessau-Roßlau zu beachten.

Weiteres zur Beteiligung am MDV ist in **RB113_3090_Einnahmen_und_Einnahmenaufteilung** und **RB113_3801_MDV_Handbuch** geregelt. Der Auftragnehmer tritt dem MDV-EAV-Vertrag bei und erkennt die Regelung aus dem MDV-Handbuch an.